## Presse- und Informationsdienst des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis

Presse-Information Nr. 149-2020

Dienstag, 24. April 2020

## Regierungspräsidium genehmigt Kreishaushalt 2020

## Investitionen in Bildung, Breitbandausbau, Straßen und ÖPNV

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat jetzt bestätigt, dass die Haushaltssatzung des Main-Tauber-Kreises für das Jahr 2020 gesetzmäßig ist. Alle erforderlichen Genehmigungen wurden erteilt. Gleiches gilt für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft (AWMT). Haushaltssatzung und Wirtschaftsplan waren am 11. Dezember 2019 vom Kreistag beschlossen worden.

Landrat Reinhard Frank freut sich über die Anerkennung der Arbeit von Kreistag und Kreisverwaltung: "Das Regierungspräsidium bestätigt damit unseren Kurs einer soliden Finanzpolitik. Die Schwerpunkte der Investitionen liegen im Haushaltsjahr 2020 in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Straßen und ÖPNV. Daneben investiert der Landkreis in die Breitbandversorgung, den Umbau des Bursariats im Kloster Bronnbach, das Berufliche Schulzentrum Wertheim und den Bau der Brücke in Markelsheim."

Für die geplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen beabsichtigt der Landkreis die Aufnahme von Krediten in Höhe von 5,5 Millionen Euro und den Einsatz von liquiden Eigenmitteln in Höhe von rund 4,86 Millionen Euro. Der Schuldenstand des Main-Tauber-Kreises steigt durch die im Jahr 2020 geplante Kreditaufnahme von 18,78 Millionen Euro auf 22,43 Millionen Euro.

Der Landkreis rechnet im Haushaltsjahr 2020 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von insgesamt 165,44 Millionen Euro. Bei den Aufwendungen wird im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg von rund fünf Prozent prognostiziert, und zwar von 159,02 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 167,09 Millionen Euro im Jahr 2020.

Regierungspräsident Wolfgang Reimer beschreibt die Finanzlage des Main-Tauber-Kreises als weiterhin in einem äußerst robusten und soliden Zustand. Er betont in seinem Genehmigungsschreiben, dass der Main-Tauber-Kreis im gesamten Finanzplanungszeitraum den geforderten Haushaltsausgleich erreichen und einen deutlichen Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaften wird. Reimer verweist auf die sich eintrübende Konjunktur und insbesondere die möglichen Folgen der aktuellen Situation auf die Wirtschaft, durch die es 2020 und in den kommenden Jahren voraussichtlich zu sinkenden Einnahmen kommt. Daher müsse der Main-Tauber-Kreis seine künftige Haushaltsplanung so gestalten, dass der Haushaltsausgleich dauerhaft erreicht wird.

Regierungspräsident Wolfgang Reimer weist darauf hin, dass der Main-Tauber-Kreis bezüglich der gesetzlich vorgegebenen Mindestliquidität in den kommenden Jahren mithilfe einer vorausschauenden und sparsamen Haushaltspolitik auf einen Wiederaufbau der liquiden Eigenmittel hinarbeiten müsse. Ein Schritt in die richtige Richtung sei hierbei die im Finanzplanungszeitraum geplante Anhebung des Kreisumlage-Hebesatzes ab dem Jahr 2021. Ira

## BILD:

Der Main-Tauber-Kreis investiert im Jahr 2020 unter anderem in den Neubau der Tauberbrücke in Markelsheim. Foto: Landratsamt Main-Tauber-Kreis / Thomas Weller

**Medienkontakt:** Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Büro des Landrats, Gartenstraße 1, 97941 Tauberbischofsheim, Telefon 09341/82-5612, Telefax 09341/82-5690, pressestelle@maintauber-kreis.de